

Attac Österreich
Margaretenstraße 166
1050 Wien
Fon +43.1.5440010
Fax +43.1.5440059
Web attac.at
Email infos@attac.at



Kooperation statt Wettbewerb

Eine andere Politik für Europa

Unser Europa?

2005 feierte Österreich 10 Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union, viele ÖsterreicherInnen sahen jedoch wenig Grund zur Freude. Sozialabbau, steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Reallöhne – bei gleichzeitigen Rekordgewinnen der Konzerne – entsprechen nicht den euphorischen Versprechungen der Regierung vor 10 Jahren. Die Osterweiterung hat neue Ängste vor der Konkurrenz durch Billigarbeitskräfte und Abwanderung von Unternehmen geweckt. Eine europäische Politik, die uns mehr Transit, Atomstrom und Gentechnik scheinbar aufzwingt, verstärkt noch das Gefühl, „die in Brüssel machen ohnehin was sie wollen“. Die Regierungen tragen ihren Teil zur EU-Skepsis der Bevölkerung bei, weil sie in Brüssel eine andere Sprache sprechen als zu Hause und die Rolle Österreichs in der EU nicht transparent machen. Nur zu gerne wird dann bei unpopulären Maßnahmen Brüssel der „Schwarze Peter“ zugeschoben.

Vor lauter Schimpfen auf die EU wird leicht übersehen, dass der Beitritt durchaus auch Positives gebracht hat. In Österreichs strukturschwache Gebiete floss viel Geld aus Brüssel, in Bezug auf Antidiskriminierung, Forschung und teilweise beim Umweltschutz ist die EU eine treibende Kraft, wenn auch diese positiven Ansätze von der neoliberalen Wirtschaftspolitik häufig konterkariert werden. Der größte Verdienst der

EU ist aber die Weitung des nationalen Horizonts und die Tatsache, dass ein Krieg in Mitteleuropa sehr unwahrscheinlich geworden ist. In diesem Punkt ist die Vision des französischen Außenministers Robert Schumann vom 9. Mai 1950 Realität geworden.

Pro-europäische EU-Kritik

Hingegen scheint der soziale Friede zunehmend gefährdet. Das europäische Sozialmodell wird zwar als Teil europäischer Identität gepriesen, doch im Mittelpunkt der europäischen Integration steht der Binnenmarkt und wirtschaftspolitische Instrumente wie der freie Waren- oder Kapitalverkehr. Nicht die soziale Sicherheit, sondern die „Wettbewerbsfähigkeit“ ist zum zentralen Leitwert Europas geworden. Wir erleben das Paradox, dass wir Wohlstand und Sicherheit zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit aufgeben, damit diese uns mehr Wohlstand und Sicherheit bringe.

Attac tritt grundsätzlich für das Projekt Europa ein – allerdings für ein solidarisches und demokratisches, eines für die Menschen und ihre soziale Sicherheit, für die Vielfalt der Regionen und die Wahrung der ökologischen Lebensgrundlagen. Ein Europa des zwischenstaatlichen und des sozialen Friedens.

Von der Freihandelszone zur sozialfreien Zone: Die Entwicklung der EU

Die Bausteine für die Europäische Gemeinschaft (EG, heute Bestandteil der EU) wurden mit drei Verträgen in den 50er Jahren gelegt: Die **EGKS** (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) von 1951 wollte Frankreich Deutschland sowohl als Rüstungskonkurrenten wie auch als Kriegsgegner neutralisieren. Zudem wollten beide als einheitlicher Block den US-amerikanischen Stahlriesen die Stirn bieten. Die **EWG** (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) brachte 1957 die Abschaffung der Zoll- und Handelsschranken innerhalb der Mitgliedsstaaten. Schließlich übernahm der **EURATOM**-Vertrag die Koordination der Atomwirtschaft, die damals als Schlüsseltechnologie für die Zukunft gesehen wurde.

Mit der **Einheitlichen Europäischen Akte** wird 1985 die Verwirklichung des Binnenmarktes (Freizügigkeit von Personen, freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital) bis 1992 beschlossen. Bemerkenswert ist dabei die Ähnlichkeit des Binnenmarktprojekts mit der Forderung des European Roundtable of Industrialists (ERT), einem Zusammenschluss der Vorstandsvorsitzenden der 45 größten europäischen Konzerne, die zuvor die Vision eines einheitlichen „Heimat-Marktes“ entworfen hatten.

Der Vertrag von Maastricht (unterzeichnet 1992) begründet schließlich die **Europäische Union**. Zeitgleich erfolgt der Beschluss zur Einführung des Euro und – damit eng verbunden – strenger Konvergenzkriterien für die Mitglieder der **Währungsunion**. Spätestens mit dem 1997 in Amsterdam geschlossenen **Stabilitäts- und Wachstumspakt** wurden rigorose Sparpolitik und Haushaltsausgleich („Nulldefizit“) zu den obersten Leitlinien der Wirtschaftspolitik.

Mit Binnenmarkt und Euro sollte die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt werden und über USA, Japan und China triumphieren. Der **EU-Binnenmarkt** sollte zu diesem Zweck einen riesigen Wirtschaftsraum ohne Handelshindernisse schaffen. Der **Euro** sollte nicht nur die europäische, auch eine internationale Leitwährung werden und den US-Dollar konkurrieren. Die Erhebung der Wettbewerbsfähigkeit zum höchsten Ziel zeigt sich auch darin, dass die europäische Politik den **Standortwettbewerb** forciert: Nicht nur Unternehmen, sondern auch Regionen, Staaten und Gesellschaften sollen gegeneinander in Wettstreit treten.

Dass dies auf einem Kontinent mit demokratisch gewählten Regierungen nicht ohne Widerspruch bleiben kann, war abzusehen. Um dem wachsenden Globalisierungsunbehagen der Menschen Rechnung zu tragen und

gleichzeitig den bisherigen neoliberalen Kurs unverändert weiterführen zu können, ersannen die Regierungen im Jahr 2000 die **Lissabon-Strategie**: Die EU wollte zum „wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden, gleichzeitig sollte die soziale Sicherheit beibehalten und Vollbeschäftigung hergestellt werden. Leider verlor die Strategie schnell ihre zweite Hälfte und verkommt nun, nach der Halbzeit-Evaluierung, zu einem Instrument des Konkurrenzkampfes aller gegen alle. Mit der **Dienstleistungsrichtlinie** drohen die letzten Schutzwälle für die ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und die Umwelt niedrigergerissen zu werden, indem nicht nur Unternehmen, sondern auch die nationalen Standards zueinander in Konkurrenz gesetzt werden.

Die zunehmend neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftsgemeinschaft rief vor allem in linken Kreisen die Idee einer starken politischen Union hervor. Das Projekt einer **Verfassung für Europa** begann auch sehr vielversprechend. Es endete aber im Desaster. Nachdem ein breit zusammen gesetzter Konvent einen bereits hinter vielen Erwartungen zurückbleibenden Entwurf vorgelegt hatte, kamen die nationalen Regierungen und zerzausten ihn weiter. Zwar hätte der Verfassungsvertrag etwas mehr Rechte für das Parlament gebracht, zu einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik kam es aber nicht, im Gegenteil: der Neoliberalismus wurde festgeschrieben. Nicht ohne Effekt: Das Non und Nee aus Frankreich und den Niederlanden brachte – vorläufig – das Aus.

EU in der Krise - Europa der Reichen und der Konzerne?

Die Europäische Integration ist derzeit sehr einseitig auf Wettbewerb und Binnenmarkt ausgerichtet. Soziale Absicherung gerät zunehmend zum Wettbewerbshindernis und Kostenfaktor und soll – in Form „privater“ Pensions-, Kranken-, Pflege- und Bildungsversicherung – scheinbar dem Markt überlassen werden. Kapital- und Profitinteressen formen die Gesellschaft um, öffentliche Güter verschwinden, der soziale Zusammenhalt droht sich aufzulösen. Wir beobachten:

- **Standortwettbewerb**: Nicht nur Unternehmen gegeneinander antreten zu lassen, sondern auch die Gemeinwesen, ist das probateste Mittel, um alle möglichen „Bremsklötze“ für die Wirtschaft loszuwerden. So müssen Regionen, Staaten und ganze Gesellschafts- und Rechtssysteme darum kämpfen, wer die niedrigsten Steuern, die billigsten Sozialsysteme, den schwächsten KonsumentInnenschutz, die niedrigsten Umweltstandards und die geringsten Ausbildungserfordernisse hat. Die Dienstleistungsrichtlinie erlaubt den Unternehmen, in der ganzen EU zu den Gesetzen ihres Heimatstaates tätig zu werden. Dadurch können sie sich den „billigsten“ Standort für ihre Aktivitäten

aussuchen. Der Standortwettbewerb wird auf die Spitze getrieben – und die gesellschaftliche Pyramide auf den Kopf gestellt: Die Menschen sind für die Wirtschaft da und nicht umgekehrt.

- *Privatisierung/Liberalisierung*: Ein freier Markt kennt das Konzept der öffentlichen Güter nicht. Bildung, Gesundheit, Pension und Trinkwasser werden als Handelswaren wie jede andere angesehen. Die EU-Kommission hat damit begonnen, diese öffentlichen Güter und Dienstleistungen scheinbarweise zu liberalisieren, was früher oder später auch zur Privatisierung führt. Die Auswirkungen sind im Einzelfall (Telekom) positiv, überwiegend aber negativ: Massiver Personalabbau, steigende Preise, sinkende Chancengleichheit und Verlust demokratischer Kontrolle.
- *Steuerwettlauf*: Die Staaten innerhalb der Europäischen Union konkurrieren darum, mobiles Kapital und internationale Unternehmen immer geringer zu besteuern. Wird dieser Kurs fortgesetzt, tragen Kapitalgesellschaften – trotz Rekordgewinnen – bald überhaupt nicht mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens und zur öffentlichen Infrastruktur, von der sie im starken Ausmaß profitieren, bei. Gleichzeitig steigt die Belastung auf Arbeitseinkommen und Konsum. In den EU 15 sind alleine zwischen 1995 und 2004 die Steuersätze auf Gewinne von Kapitalgesellschaften von 38 auf 31% gesunken, in den 10 neuen Mitgliedsstaaten von 31 auf 21%. Ähnlich ist die Entwicklung bei Spitzen Einkommen und Vermögen. Die Gewinner des Binnenmarktes und der Globalisierung stehen sich aus der gesellschaftlichen Verantwortung.

Alternativen - Unser Europa

1. Demokratisierung

Die EU muss so demokratisch wie möglich sein. Die demokratische Mitbestimmung auf EU-Ebene sollte durch verschiedene Maßnahmen verbessert werden. Europäische Parteien und die Vernetzung der Zivilgesellschaft würden den Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit fördern. Auf institutioneller Ebene sollte das Parlament nach dem Vorbild der nationalen Volksversammlungen aufgewertet und die Regierungen – der Rat – im Verhältnis geschwächt werden. Dem Parlament gebührt ein Initiativrecht für Gesetze und ein Veto gegen die Entscheidungen des Rates in allen Materien. Es sollte die Europäische Kommission wählen und einzelne KommissarInnen abwählen können. Der Einfluss der Lobbies sollte durch strenge Veröffentlichungsvorschriften zurückgedrängt werden (ALTER-EU-Initiative). Das Subsidiaritätsprinzip bedarf einer Aufwertung. Die

Mitgestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene gehören erweitert. Etwa sollte die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht von einer öffentlichen Diskussion begleitet werden.

2. Öffentliche Güter und Dienstleistungen

Ein wichtiger Demokratisierungsschritt in der Wirtschaft könnte die Neukonzipierung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sein. Zwei Schritte wären nötig. Zum einen müssten sie von den Mitgliedsstaaten frei definiert, organisiert und finanziert und vom Wettbewerb geschützt werden. In einem zweiten Schritt müssten sie ernsthaft demokratisiert werden. Wenn die Bevölkerung in die Organisation dieser Versorgungsbetriebe – von der Bahn bis zur Post – einbezogen wird, könnten sie auch nutzerInnenfreundlicher gestaltet werden.

3. Alternative Wirtschaftspolitik

Die eigentlichen Ziele der EU – soziale Sicherheit, Geschlechtergerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und regionale Vielfalt – müssen klaren Vorrang bekommen vor den Instrumenten freier Kapital-, Waren- und DL-Verkehr. Derzeit ist es umgekehrt, die Instrumente gefährden zum Teil die Ziele. Die Europäische Zentralbank muss mit einem neuen Auftrag betraut werden, der Vollbeschäftigung und Arbeitseinkommen höher bewertet als Geldwertstabilität und Kapitaleinkommen. Das Lissabon-Ziel, im globalen Wettbewerb Sieger zu sein, muss aufgegeben werden: Entweder bleibt man selbst im Hintertreffen mit allen verbundenen Entbehrungen, Ängsten und Stress. Oder aber man zwingt die anderen in diese Position. An die Stelle des Wettbewerbs gehört daher Kooperation zwischen Staaten. Die „Sieger“ des Binnenmarktes und der Globalisierung – Vermögen, Gewinne und Kapitaleinkommen – müssen wieder fair besteuert und für soziale Sicherheit, ökologische Investitionen und EU-interne Nachbarschaftshilfe fruchtbar gemacht werden. Die Finanzmärkte müssten dafür allerdings entthront werden. Nicht die demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik soll sich daran messen lassen müssen, ob sie vor den globalen Finanzmärkten glaubwürdig ist, sondern das Finanzkapital soll beweisen müssen, dass es nachhaltige Entwicklung auslöst und einen fairen Steuerbeitrag leistet, bevor es sich frei bewegen darf.

4. Standortwettbewerb beenden – neuer Finanzausgleich

Der Standortwettbewerb muss zunächst innerhalb der EU beendet werden. Der Währungs- und Zollunion muss eine Steuer- und Sozialunion folgen. Als erstes ist

der Steuerwettbewerb zu stoppen: Dass Österreich Unternehmen aus Deutschland abwirbt und damit Arbeitsplätze im Nachbarland zerstört und umgekehrt, ist neoliberales Wildwest-Verhalten. Mit der Harmonisierung der Unternehmensgewinnsteuern (z. B. bei 35%) würden die Einnahmen der alten Mitgliedsländer um mehrere Prozent vom BIP steigen. Damit könnten sie den Beitrittsländern allfällige Verluste bequem ausgleichen. Da das BIP der zehn „Neuen“ nur ein Fünfundzwanzigstel des BIP der 15 „Alten“ ausmacht, entsprächen jede 0,1% Umverteilung von Alt zu Neu 2,5% von deren BIP – eine Riesenhilfe für die Neuen und eine kaum spürbare Belastung für die Alten. Eine Win-win-Lösung, die höhere Sozial- und Umweltstandards in allen Ländern ermöglichen würde.

5. Ökologie – Umweltunion

Anstelle der Lissabon-Strategie braucht es eine Strategie für ökologisch nachhaltige Entwicklung. Derzeit beruht das Wohlstandsmodell der EU auf einem gewaltigen Ressourcenzufluss aus den armen Ländern, der Pro-Kopf-Verbrauch ist in der EU dreimal so groß, wie der Planet Erde pro Mensch verkraftet. Oberste Priorität ist daher die Drosselung des Ressourcenverbrauchs: Im **Energiebereich** sollte die Strommarktliberalisierung durch eine Strategie für Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien ersetzt werden. Die **Landwirtschaft** sollte flächendeckend auf biologische Bewirtschaftung umgestellt werden. Die Exportförderungen sind einzustellen, Agrarimporte an Fair-Trade-Kriterien zuknüpfen. Die **Verkehrspolitik** sollte zugunsten einer Mobilitätspolitik eingestellt werden. Dies bedarf einer ganzheitlichen Verkehrs- und Raumplanung und der Umsetzung ökologischer Kostenwahrheit. Am Ende hätten wir bei höherer Mobilität weniger Verkehr.

Die Langversion der Alternativen und zahlreiche Analysen zur aktuellen EU-Politik siehe Attac (Hrsg.): „Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen“, Deuticke, Wien 2006.

Alle Informationen zum EU-Schwerpunkt von Attac: www.unsereuropa.at

6. Soziale Sicherheit und Menschenrechte

Das „Europäische Sozialmodell“ gilt als Kern der europäischen Werte. Anstatt es noch weiter auszubauen, sollte es ausgebaut und als europäischer Wert verankert werden. Auch die scheinbar selbstverständlichen Menschenrechte werden zum Teil wieder rückgebaut: im Namen der internationalen Terrorismus- oder Verbrechensbekämpfung. Der zunehmende Wettbewerb schließt zudem immer mehr Menschen von einer sicheren und stressfreien Existenz aus. Von der steigenden Armut sind Frauen besonders betroffen, sie bekommen für dieselbe Arbeit noch immer nicht den gleichen Lohn wie Männer. MigrantInnen haben oft nicht dieselben Rechte wie „Nationale“ und die sexuelle Orientierung bietet immer noch Anlass für Diskriminierung. Es gilt, die Gleichheit mit wirkungsvollen Sanktionen und europäischer Einklagbarkeit sicher zu stellen und als europäischen Kernwert zu etablieren.

7. Globale Kooperation

Die vielleicht größte Chance Europas, ein eigenständiges Profil zu entwickeln und sich zu den USA zu kontrastieren, ist die globale Kooperation. Die EU sollte solidarisch mit der Staatengemeinschaft zusammenarbeiten, um die globalen Probleme zu lösen. Die UN-Abkommen in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Geschlechtergleichheit, Umweltschutz, indigene Minderheiten, Ressourcen- und Verteilungsgerechtigkeit sollten mit Sanktionskraft ausgestattet und die Organisationen der UNO aufgewertet werden. Auch wenn die USA derzeit nicht zur Kooperation bereit sind, muss die EU unbedingt vorausgehen, wie schon beim Kyoto-Protokoll oder dem Strafgerichtshof. In den USA gibt es Interessen, die ebenfalls auf den Pfad der Zusammenarbeit einschwenken wollen. Ihnen wird der Rücken gestärkt, wenn die EU den ersten Schritt macht.

Globalisierung braucht Gestaltung – Attac braucht Ihre Unterstützung:

PSK Kto-Nr. 92.145.148

BLZ 60000

IBAN AT576000000092145148

BIC OPSKATWW